

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Ecole-Zeitung ge-
stattet. Fern: der Schriftleitung, Nr.
1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltenen 34 mm breite Wäh-
lertabelle oder deren Raum 60 Pf.,
50 Familienanzeigen 40 Pf., Restlinien
die 20 mm breite Wählerzettel
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unter Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenverträge. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ver-
waltung: Die englische Zeitung
am 19. Dr. Braunsauer, 17.
Haben-Geschäftsstellen: Große
Königsberg 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 378.

Halle, Sonnabend, den 14. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Magdeburger Lügenzentrale und die Parteien.

Ein Gefühl von Ekel und Scham überkommt uns, wenn wir die Enthüllungen lesen, die das Treiben einer Handvoll gemienlosen Leute in Magdeburg aufdecken und die Verbindungsäden nach allen Richtungen hin schon jetzt einermächtig erkennen lassen. Es ist gerade als ob gewisse Kreise, die sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten mit hysterischem Eifer als übernational gebärdeten, festliche Fähigkeiten, ihre Reden und ihre Taten in Uebereinstimmung zu bringen, verloren haben. Die ungläubliche Spitzelwirtschaft, der nun die Larve vom Gesicht gerissen wird, ist es ja gewesen, die seit Jahr und Tag die politische Arbeit in unserem Vaterlande vergiftet hat. Man konzentriert durch un-
wahre Behauptungen ein Gefühlsstimung, um die Notwendigkeit der Minderheit einer gewissen Politik und gewisser Gründungen in die Ueberzeugung des Publikums hineinzufingern. Von den Führern in Magdeburg ist es ganz offen zugegeben worden, daß man die Minderheit gehabt habe, die Vorgesicht zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Regierung zu stürzen. Man weiß kaum, ob man die Erfinder dieses Planes mehr verachten oder mehr beneiden soll. Die politische Demoralisation, die hier zutage getreten ist, stinkt zum Himmel. Inbetracht sollen die Mittel herbeigebracht haben, mit denen der Schwindel in die Welt gesetzt wurde. Das mag schon stimmen. Wissen wir doch aus eigener Erfahrung, daß in Kreisen, die dem Kriegsgewinnler und Schieberdem sehr nahe verwandt sind, Stimmungsbereitungen mit allen denkbaren Mitteln unternommen werden. Man braucht diesen Kreisen noch nicht einmal demagogische Fähigkeiten vorzusetzen, sie mögen vielleicht selbst Opfer der geschilderten Spitzelmache gewesen sein und sich in ihre Ideen zu haben hineintreiben lassen, daß sie vor Furcht vor der angeblich drohenden Gefahren schlotterten und ein gutes, patriotisches Werk zu tun glaubten, wenn sie die Sache mit Gelbmitteln unterstützen. Trotzdem bleibt es ein politischer Skandal fonderlicher, daß Organisationen wirtschaftlicher und parteipolitischer Art sich von den gewinnlosen Abenteuerern in Magdeburg haben an der Nase herumführen und ihre politische Tätigkeit dadurch haben beeinflussen lassen. Und immer spielt dabei die Einigung des Bürgerturns eine eigentümliche Rolle. Wenn eine Partei diese Einigung ehrlich und mit politischer und moralischer Gewissenhaftigkeit versucht hat, so ist es die Demokratie gewesen. Am 10. November war die Einigung erfolgt und die rote Front über die Dämme zu schlagen drohte, waren es besetzte demokratische Führer, die die Bürgerfront zusammenriefen und durch Gründung der Deutschdemokratischen Partei, die alle nichtsozialdemokratischen Kreise gleichermaßen zusammenfassen wollte, einen Schwung zu bauen. Bis in die weitesten Kreise verstand man damals diesen Ruf und schloß sich zusammen. Dadurch wurden plötzlich die Vaterlandsparteiler und Alldeutschen ihres Ansehens beraubt und standen mit ihren durch die Parteireue in etwas eigentümliche Beleuchtung gerückten Führerqualitäten einsam und verlassen da. Das ging nicht, ging umweniger, als die Führer der neuen Bewegung jene besonnenen Männer waren, die den verhängnisvollen Ausweg der alldeutschen und vaterlandsparteilichen Kriegsdemagogie vorausgesehen hatten. Und so setzte denn schon im Dezember 1918 die zielbewusste Sache gegen die Sozialdemokraten ein. Man rief einen Teil in die Bürgerfront und wo man möglich mit christlicher Gewissenhaftigkeit nicht erreichen konnte, besetzte die Sozialdemokraten ein. Von den Führern der Nationalisten und auch Volksparteiler wurden die Führer der Demokratie mit Schmutz beworfen. Ueber sie ergoß sich ein solcher Schwall von Unflut, daß sie meist nicht in der Lage waren, gegen die vielfach vertexteten Angriffe vorzugehen. Und warum das alles? Weil die Demokraten die Gefundung nur durch Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Bürgerturn und Arbeiterfront erreicht haben und sich jeder Klassenkampfart sowohl von rechts wie von links mit allen ihnen zur Verfügung stehenden geistigen Mitteln entgegenstemmten. Sie spoben sich als Teil zwischen den Endkampf zwischen den beiden widerstrebenden Interessengruppen, zwischen rechts und links herbeizuführen wollten. Dadurch, daß die Demokratie diesen Teil bildete, wurde sie die Retterin des Vaterlandes, denn sie verbande den Bürgerkrieg und schuf die Basis zum Aufbruch der Interessengruppen in die neue Welt der Verständigung zwischen den nach dem demokratischen Nichtstun gemäßigten Vertretern der verschiedenen Volksschichten. Den Extremisten wurde so der Wind aus den Segeln genommen und wurde so der Beginn der Weg zum Siege über brutalen Machtwort und volksmilitaristischen Unersatz gebend.

Und die Früchte dieser Politik näherten sich der Reife. Immer breitere Schichten des Volkes schlossen sich dem Aufführungs- und Versöhnungsgedanken an und zogen sich von den Predigten der extremistischen Theorien zurück. Die Arbeiterfront kam immer mehr zur Ruhe und je mehr der Ausgleich der Gegensätze an Boden gewann, desto besser wurden die Aussichten für die

wirtschaftliche Wiedererholung des deutschen Volkes. Desto mehr verloren aber auch gewisse Kreise an Aus-
sicht, ihren egoistischen Prinzipien die Fingel schließen zu lassen. Das Volk wollte Ruhe, Frieden und Arbeit und freie Bahn für alle Fortwärtstrebenden unter Wahrung der Gesamtinteressen der Allgemeinheit.

Aber diejenigen, denen die junge Richtung nicht paßt und deren Macht durch die Umwandlung der Verhältnisse falkgestellt worden war, wollten sich nicht aufschließen lassen. Sie fühlten den Drang in sich, dem Volke die Richtigkeit ihrer Ansichten und ihres Handelns in der Vergangenheit zu beweisen, obwohl die Ereignisse sie selbst ins Unrecht gesetzt hatten. Man durfte die Befriedigung des Volkes nicht aufkommen lassen, denn dann hätte man sein Unrecht eingestehen und den Sozialdemokraten Recht geben müssen. Das ging nicht. Darum dann man sich Lügner und Verleumder, die Gespenster an die Wand malen mußten, um im Volke die Sehnsucht nach dem starken Mann zu wecken, der die Demokratie über den Haufen werfen und den alten Staat in seiner ganzen Glorie wieder aufzurichten sollte.

Ein Gefühl von Ekel und Scham überkommt uns, wenn wir daran denken, wie das Material, was aus dieser Vorgesicht in Magdeburg und ihren allenthalben vorhandenen Filialen kam, im Wahlkampf namentlich von den Reichsparteien gegen die Demokratie und gegen die Regierung der Demokratie gebracht worden ist. Wir haben dagegen angeknüpft, haben auf die offen zutage liegende Widerumkehr der Behauptungen hingewiesen. Vergeblich. Lug und Trug wirken und zogen auch Kreise in ihren Bann, von denen man es eigentlich nicht erwartet hätte. Das Gift der Lüge wirkte wie ein Vergiftung, löste eine Art Material aus, vor der wir schließlich fast nutzlos die Waffen strecken mußten.

Offentlich sind nun, nachdem die Lügenzentrale aufgedeckt worden ist, dem Volke die Augen geöffnet worden darüber, wie man mit ihm gespielt hat. Es ist, wie gesagt, bedauerlich, daß wir eine solche Demoralisation des politischen Lebens erfahren mußten. Wie frechen denn die Kreise jetzt sind, die mit diesem gefälschten Material Stimmungsmache betreiben haben. Möchten sie sich nicht bedauern vertrieben haben. Die Berechtigung der Angriffe darzulegen ist, die die Sozialdemokratie hinsichtlich der Spitzelwirtschaft gegen die Reaktion gerichtet hat?

Wenn wir gesunde Verhältnisse haben wollen, muß das ganze Volk endlich sich einig sein in der Forderung: Hinweg mit der Lüge und der Verleumdung, Rückkehr zur Wahrheit und Ehrlichkeit auch im politischen Leben, denn nur sie sind Kennzeichen des deutschen Charakters, des deutschen Wesens, von dem wir einst erwarteten, daß sie ihm die Welt geneien sollte.

Der russisch-polnische Krieg.

An Ostpreussens Grenze.
Königsberg, 13. August. Ueber die Lage an der Grenze wird berichtet, daß Soldat u. a. zurzeit unter dem Feuer der Bolschewisten liegt. Aus Mittenheim wird gemeldet, daß die Polen im Kreise Soldat die Zurückziehung allen Viehes und aller beweglicher Güter angeordnet haben.

Reichsminister Koch machte gegenüber einem Mitarbeiter des B. T. angeklagt der früheren Gefahr, die der Provinz Ostpreußen drohe, einige Ausführungen über den Ausbau des Selbstschutzes und sagte dann, daß von den Russen zu hoffen sei, daß sie die Neutralität der Provinz respektieren werden. Wanden russischer Marodeure und die polnischen Flüchtlinge werde die Reichswehr mit Hilfe der Bevölkerung entmannen können. Innerhalb der Provinz gäbe es 100000 unklugig K. Kreise, die auf das Vorgehen der Russen mit Sicherheit rechnen; sie seien aber nicht stark genug, um die Macht an sich zu reißen, wenn die Regierung dies verhindere.

Aus Königsberg wird zu der Lage an der ostpreussischen Grenze noch gemeldet: Es bestehen keinerlei Grenzverbindungen mit Polen mehr. Von Grajewo bis Ostlich von Mlawka stehen die russischen Truppen an den Grenzübergängen. Ihre Stärke im Grenzgebiet wird auf eine Division geschätzt. Alle russischen Grenzscharen sind der polnischen Sprache mächtig und verstehen freundschaftlich mit den deutschen Grenzscharen. Südlich von Robanitzburg steht auch russische Kavallerie.

Paris, 13. August. Der durch Moskauer Funkprach übermittelte Kriegsbericht berichtet über besetzten Putusk. In der Gegend von Gholm errichten unsere Truppen nach Ueberführung des Buns die Straße Wobowa-Gholm. Wir besetzen einige Dörfer im Norden von Gholm. An der Gegend von Wladimir-Wolnowitz wurde die Stadt Grabesow und die Ortshaf Krywlow am Dniepr besetzt.

Warschau, 13. August. General Wengand hat es abgelehnt, die Funktionen eines polnischen Generalkommandos zu übernehmen. Er bleibt weiterhin nur militärischer Berater.

Der Beginn der Waffenstillstands-Verhandlungen.
Warschau, 13. August. Die polnischen Parlamentarier haben mit dem Sowjetbundes vereinbart, daß

die Zusammenkunft der Delegierten zur Erörterung des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens in Warschau stattfinden soll. Die polnische Delegation besteht aus dem Minister Domski als Präsidenten, dem Bismarck-Problemasi, sowie Vertretern des Reichstages und des Generalstabes. Sie wird die Front am Morgen des 14. August überfrieren.

Das Renteische Bureau meldet: Die englische Regierung richtete einen Funkpruch nach Moskau, der die Waffenstillstandsbedingungen und Sowjetrußland in neue Bedingungen zu setzen als Laager. Die englische Regierung kündigte für den Fall des Nichtzustandekommens eines Waffenstillstandes die Abbruch aller Verbindungen zwischen den Alliierten und Sowjetrußland an.

Nach einem Telegramm aus Warschau teilt das Ministerium des Auswärtigen mit, daß es bisher noch keine offizielle Benachrichtigung erhalten hat, daß die Bolschewisten endgültig den Vorschlag Englands abgelehnt haben.

Lord George gab auf einem Bankett der Liberalen, die der Koalition angehören, eine Erklärung ab. Ebenso gab Miller an gelegentlich seiner Inspektionsreise durch die vermittelten Gebiete eine Erklärung ab. Er hat von beiden behauptet, daß die Einigkeit unter den Alliierten, die sich während des Krieges so sehr bewährt habe, unbedingt aufrechterhalten werden müsse.

Diesen Worten folgten aber bisher keine Taten. Vielmehr dauern die gegenseitigen Angriffe der französischen Presse auf die englische Regierung und der englischen Presse auf die französische Regierung fort. So äußert die B. das „Journal“, daß die Aufregung Englands über die Anerkennung Wrangels in Frankreich niemand erlaufen lassen könne. In Frankreich müsse man seit langem, daß die Engländer alles eifern wollten, lazar lassen.

Die Pariser Korrespondent meldet aus Washington, daß in Amerika die Ansicht vorherrscht, vorläufig zu dem englisch-französischen Konflikt über Ausland keine Partei zu ergreifen.

Eine Verschönerung gegen Lloyd George.

London, 13. August. „Daily Express“ glaubt zu wissen, man habe gestern im Ministerium des Innern Kenntnis von einer Verschönerung gegen Lloyd George erhalten. Es seien mehrere Maßnahmen ergriffen worden, um den Premierminister zu schützen. Nach demselben Blatte wird der Besuch Lloyd Georges auf dem Kontinent wahrscheinlich nicht stattfinden.

Nach einer Hausmeldung aus London wird von ermächtigter Seite erklärt, daß noch keine Entscheidung über eine Zusammenkunft in Boulogne zwischen Millerand, Lloyd George und Lord Curzon, von der die Presse gesprochen habe, getroffen worden sei.

Der Londoner Korrespondent des „Westminster“ will von autorisierter Seite erfahren haben, daß die englische Regierung, die vor zwei Tagen Polen den Rat gab, die Waffenstillstandsbedingungen Sowjet-Rußlands in ihrer Gesamtheit anzunehmen, sich nunmehr nach Anhörung Sachverständiger dahin entschieden habe, zu erklären, daß die Bedingungen der Bolschewisten, freie Verfügung über die Eisenbahn Wlowsk-Grajewo zu erhalten, die einen Teil der Linie von Mlawka nach Königsberg bildet, unannehmbar seien. Wenn diese Linie unter holländischer Kontrolle gestellt würde, würde ein Uebereinkommen zwischen Mlawka und Berlin für eine russisch-deutsche strategische Linie umwandeln können, die jede Verbindung zwischen Berlin und den Alliierten verbände.

Paris, 14. August. Der „Temps“ meldet, daß die englische Regierung für die Anerkennung der russischen Regierung folgende Bedingungen gestellt habe:

Einstillung aller direkten und indirekten Feindseligkeiten.

Englische Arbeiter fordern Lösung des französisch-englischen Bündnisses.

Glasgow, 13. August. Der Vorkriegsausschuß der englischen unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow hat gestern der Regierung eine Entschuldigungsvermittlung, worin es heißt, die Anerkennung Wrangels durch Frankreich bedeute auf eine Doppelgängigkeit der Alliierten gegenüber Sowjetrußland. Die organisierte Arbeiterfront werde die englische Regierung dafür verantwortlich machen, wenn das Kabinett von dem Schritt Frankreich nicht abtrübe und das französisch-englische Bündnis löse. Als Bürgschaft für ihre ehrliche Meinung müsse die Regierung Winston Churchill wegen seiner Gesinnung gegen Rußland aus dem Amte entfernen.

Die Obstruktion der Seelen.

Braunschweig, 13. August. Der Seelenkreuz nahm eine Entschuldigungsvermittlung an, wonach die Seelenkreuz zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition befördern werden. Der Beschluß soll bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewendet werden.

Der internationale Gewerkschaftsbund gegen die Munitionsherstellung.

Amsterdam, 13. August. Zum russisch-polnischen Konflikt veröffentlicht der internationale Gewerkschaftsbund eine Erklärung, in der es heißt: Der internationale Gewerkschaftsbund habe keine besondere Sympathie weder für die Bolschewisten noch für die Polen. Er halte an seinem Standpunkt fest, daß jeder Krieg und jedes Untertreiben zu ver-

urteilen sei und durch Weiterbeförderung von Munition und Truppen nicht unterstützt werden dürfe. Demgemäß sei ein zweimal wöchentliches Ansehen einer europäischen Regierung, die Munitionsbeförderung nach Polen zuzulassen, rundweg abgelehnt worden.

Reichswirtschaftsrat.

(Schluß.)

Berlin, 13. August. Nach dreistündiger Pause nimmt der vereinigte Ausschuß des Wirtschaftsrats am 9 Uhr abends die Sitzung wieder auf.

Mit dem Antrag des Unterausschusses über die Ur- sache der produktiven Störung und der Preis- steigerung und über die Mittel zur Abhilfe ist zum Teil eine Beschlüßfassung erzielt worden. Über die Frage, ob nach Nord oder nach Gruppe abgestimmt werden soll, ent- scheidet sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Auf Vorschlag des Vorsitzenden erfolgt die Abstimmung schließlich nach Gruppen. Die Arbeitgebergruppe ist mit 12 Stimmen, die Arbeitnehmergruppe mit 20 Stimmen und die Gruppen 7 bis 10, das sind die Ver- treter der Verbraucher, der Beamten, der Arbeiter und der freien Berufe, sowie die vom Reichsrat und von der Reichsregierung ernannte Mitglieder mit 9 Stim- men vertretet.

Die Arbeitgeber stimmen geschlossen, desgleichen die Ar- beitnehmer. Den Gruppen 7 bis 10 schwanken die Stimmen- abgaben bei den einzelnen Anträgen. So wird eine ganze Reihe von Anträgen der Arbeitgeber, die dem Abg. Reg- arath begründet werden, abgelehnt und die allge- meinen Vorschläge des Unterausschusses mit seinen vereinbarten Änderungen genehmigt.

Die vom Unterausschuß für den Fall von Betriebs- stilllegung vorgeschlagenen Maßregeln werden gleichfalls unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Arbeit- geher angenommen. Die Arbeitgebervertreter erklären sich dabei besonders dagegen, daß die Gruppe von 26 Wochen für die Dauer der Erwerbslosen-Unterstützung grundsätzlich befristet werde. Ein entsprechender Antrag Regnath wird abgelehnt.

Die für einzelne Gewerbe vorgeschlagenen Maßnahmen (gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaftsprüfung, der Durchführung eines Häutenomopols, Zusammenstückeln von Erwerbslosen zu gemeinnützigen Arbeitskreisen, Wieder- aufbau der Handelsflotte u. m.) werden in der Fassung des Unterausschusses angenommen.

Mitte September gebet der wirtschaftspolitische Aus- schuß den Bericht der Sozialforschungskommission in Prüfung zu nehmen.

Schluß 1 1/4 Uhr.

Kohlenabkommen von Spa und Herstellung von Luxus- waren.

Berlin, 13. August. Am Schluß der heutigen Sitzung der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats für Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde ein Antrag, wonach das Kohlen- abkommen von Spa eine Umteilung der deutschen In- dustrie dahin bebinge, daß Luxuswaren nur noch für den Export hergestellt werden, unter Erhebung des Wertes Luxuswaren durch wirtschaftlich unwichti- ge Waren, angenommen.

Die französische Gewalt Herrschaft im Saargebiet.

Saarbrücken, 13. August. Das außerordentliche Kriegs- gericht in Saarbrücken hat an einem Tage dreißig Urteile gefällt, zum Teil langjährige Aufhaustrafen. Eine Anzahl Beamter ist wegen Dienstverweigerung zu mehr- monatigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Ein weitere Mitteilung aus Saarbrücken besagt: Seit heute morgen 6 Uhr herrscht der allgemeine Ausnahme- zustand 24 Stunden. Morgen nehmen alle Ausstellungen die Arbeit wieder auf. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, tritt am Montag der allgemeine Ausnahmezustand wieder ein. Die Verhandlungen über die interalliierte Beiratskommission in Koblenz unter Hinzuziehung des Geheimrats von Reich, alle Banken, Geschäfte und Märkte sind geschlossen. Die Straßenbahn fahren, auf den Straßen herrscht Ruhe. Auf den wichtigsten Plätzen und auf verkehrsreichen Dächern stehen Wachenposten.

Auch in der Pfalz werden die Übergriffe der Franzosen immer toller. So ist in Ludwigshafen, Speyer und Neu-

stadt (Pfalz) eine Anzahl von Gewerkschaftsfunktionären durch die französische Militärbehörden verhaftet worden. Auch in Birmlingen sind vier Verhaftungen durch die Fran- zosen vorgenommen worden.

Ostpreußen wieder frei.

Königsberg, 13. August. Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Entente-Kommission am 16. August nachmittags mit dem Rest der Entente-Truppen aus Mlet- ke in abwärts und an diesem Tage das Abstimmungsgebiet an den deutschen Reichskommissar übergibt. Vom 16. August früh ab steht der Reichswehr das Einrücken in das Abstim- mungsgebiet offen, da dieses dann wieder Provinz Ostpreußen ist. Man erwartet das Eintreffen des preußischen Ministers des Innern und des Reichsministers in Weiden am Mitt- woch oder Donnerstag. Aus Marienwerder wird ge- meldet, daß die dortige Entente-Kommission am 16. August und die italienischen Truppen am 17. oder 18. August ab- fahren werden. Wie verlautet, haben der Innenminister und der Reichsminister die Absicht, gemeinsam mit den Truppen in Marienwerder einzutreffen.

Die Ausföhrung des Amneziengesetzes.

Zu dem Amneziengesetz vom 4. August 1920 hat der preußische Justizminister eine Ausführungsverordnung er- lassen, in der die wesentlichen Gesichtspunkte des Gesetzes er- läutert und den Staatsanwaltschaften Weisungen für die Anwendung des Gesetzes gegeben worden sind.

Das Gesetz enthält nicht eine allgemeine politische Am- nestie. Es betrifft vielmehr in § 1 mit gewissen Einschränkungen Straffreiheit für 3 Gruppen von Handlungen ein- mal für Zeiten, die in Abwehr eines hochoverrätherischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind (Ab- satz 1) Johann für die Mitwirkung an einem solchen Unter- nehmen (Absatz 2) und schließlich für Zeiten, die im Zusam- menhang mit einem hochoverrätherischen Unternehmen oder mit seiner Abwehr begangen worden sind (Absatz 3). Schließ- lich ausgenommen von der Straffreiheit sind in allen drei Gruppen von Handlungen die Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 St. G. B.), die Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224—226), des schweren Raubes (§ 251) und der Brandstiftung (§§ 306—308, 311).

Zum Verständnis des Gesetzes muß zunächst hervor- gehoben werden, daß das hochoverrätherische Unternehmen, das abgelehrt oder an dem mitgewirkt worden ist, oder mit dem die Tat im Zusammenhang steht, sich gegen das Reich, nicht gegen eines der Länder richtet. Selbst wird die Straf- freiheit nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich hochover- rätherische Unternehmen ausschließlich gegen das Reich wie gegen eines der Länder richtet. Das Gesetz um- faßt alle vorherbesagten Handlungen, die bis zum Tage seiner Verkündung, dem 4. August 1920 begangen worden sind, ohne daß für die Vergangenheit zeitlich eine Schranke, gegeben worden ist.

Bei Prüfung der Frage, ob der Beschuldigte zur Ab- wehr eines hochoverrätherischen Unternehmens gegen das Reich gehandelt hat, werden die Vorstellung und der Wille des Täters, ein solches Unternehmen zu bekämpfen, wesentlich sein. In Zweifelsfällen wird zu seinen Gunsten Straffrei- heit angenommen werden müssen. Nebenbei sind bei den zur Abwehr eines hochoverrätherischen Unternehmens began- genen Straftaten von der Straffreiheit nicht ausgenommen.

Im Gegensatz hierzu sind bei denjenigen, die an einem hochoverrätherischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, die Urheber und Führer des Unternehmens von der Straffreiheit ausgenommen. Unter letzteren werden aber, wie der Reichsjustizminister in den Verhandlungen im Reichstag ausgeführt hat, nur die Urheber und Leiter eines gelangten hochoverrätherischen Unternehmens in seiner Totalität, des Zentralunternehmens, nicht auch Urheber und Leiter solcher oder provinzieller Unternehmen zu verstehen sein.

Die dritte Gruppe umfaßt die breite Masse der Fälle, nämlich alle diejenigen, die mit einer Partei oder den beiden vorgenannten Gruppen im Zusammenhang stehen. Unter Zusammenhang ist verständlich die Verbindung zu verstehen, der auch mittelbar sein kann. Dieser Begriff soll nach dem Zweck des Gesetzes nicht engherzig ausgelegt werden. Es ge- hören hierher nicht nur Handlungen, die hochoverrätherischen Unternehmen gegen das Reich oder ihrer Abwehr ge- dient haben, sondern auch solche Handlungen, die durch die

politische Situation bedingt oder auch nur durch sie ausgelöst worden sind. Insbesondere werden hierher — sofern sie nicht schon unter Absatz 1 fallen — regelmäßig die von den Angehörigen der sogenannten Armeen begangenen Hand- lungen zu rechnen sein. Eine Ausnahme tritt — sofern es sich nicht schon um ein von der Straffreiheit allgemein aus- genommenes Verbrechen handelt — nur dann ein, wenn der Täter lediglich nicht bloß vorwiegend, aus einem gemeinen politischen Beweggrund, der ihn zu einem gemeinen Ver- brechen macht, insbesondere aus Rohheit oder Eigennutz, ge- handelt hat. Das dieser Ausführungsordnung vorliegt, muß festgestellt werden; besteht zwar die Möglich- keit seines Vorliegens, läßt er sich aber nicht nachweisen, so tritt Straffreiheit ein.

Die Anwendbarkeit des einen Absatzes von § 1 schließt die Anwendbarkeit eines anderen Absatzes in demselben Falle nicht aus. Denn die Fälle werden nicht selten sein, wo Straffreiheit zunächst nach Absatz 1, sodann nach Absatz 1 und schließlich nach Absatz 2 eintritt; so bei den Kämpfern, die denen zunächst die verfassungsmäßige Regierung des Reiches geschickt worden ist, die aber dann nach Nieder- werfung des hochoverrätherischen Unternehmens noch fortge- setzt sind und durch sie später sogar eine neue staatliche Ord- nung geschaffen erbracht worden ist.

Die Straffreiheit hat zur Folge, daß verhängte Strafen nicht vollstreckt, anhängige Verfahren eingestellt und neue nicht eingeleitet werden. Die Einstellung der Verfahren er- folgt, wenn sie gerichtlich anhängig sind, durch gerichtliche Entscheidung, sonst durch Verfügung der Staatsanwaltschaft. Gegen Gerichtsbeschlüsse, durch welche die Einstellung des Verfahrens abgelehnt worden ist, findet sofortige Beschwerde im Eingeklärt nach Absatz 1, sodann nach Absatz 1 und schließlich nach Absatz 2 eintritt; so bei den Kämpfern, die denen zunächst die verfassungsmäßige Regierung des Reiches geschickt worden ist, die aber dann nach Nieder- werfung des hochoverrätherischen Unternehmens noch fortge- setzt sind und durch sie später sogar eine neue staatliche Ord- nung geschaffen erbracht worden ist.

Das Gesetz enthält die Vorschrift, daß Vermerke über Strafen, die nach dem Gesetz auch oder teilweise erlassen werden, im Strafregister zu fügen, die aus ihm zu ent- ziehen und zu vernichten sind.

Zur Durchführung des Gesetzes sind nach uns Ein- zelne gehende Anweisungen erteilt, insbesondere ist den Staatsanwaltschaften die sogleichige Durchführung der Akten zur Pflicht gemacht worden.

Saarbrücken, 13. August. Havas meldet, daß sich auch die Bergleute des Saarbrücker Beckens an der Ausständbewegung beteiligen. Französische Trup- pen besetzen Reumstrassen und Lausbach.

Millionenfalschungen von Aus- und Einfuhr- bewilligungen.

Angetretene Angehörige des Beauftragten des Reichs- kommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Karls- ruhe haben Aus- und Einfuhrbewilligungsformulare mit dem echten Stempel und der echten Passivunterzeich- nung „Fremdenbüro“ versehen und gegen Einigkeit in Verkehr gebracht. Für die gleiche Sozialindustrie Deutschlands waren nur 40 000 festmeter Rundholz zur Ausfuhr bewilligt, während allein einer der Schiffe eine Menge von 40 000 festmeter aufwies. In dieser Verbindung sind angesehn- lich beteiligt: 1. Der Angehörige des Reichskommissars Emil Reuthner in Karlsruhe, 2. die künftigen Angestellten Herr und Eitel der Expeditionsfirma Karl Lassen in Karlsruhe, 3. zwei weitere Angehörige der Ausfuhrbehörde Brod und Böhme, 4. der künftige Kaufmann Fritz Kies aus Durlach.

Dieser ist noch im Besitz der Ausfuhrbewilligung mit dem Offiziersgen. R. R. Wort 40 413 über die erwähnten 40 000 festmeter Rundholz. Der Wert der auszuführenden Ware betrug etwa 20 Millionen Mark. Für die Ausfuhrbewilligung verlangte Kies 5 Millionen Mark. Für Teilposten- beschleunigungen wurden ihm durch Vermittlung des Bank- lehrers Wenzel in Offenbach a. M. 600 000 Mark gezahlt. Die sehr unwirksamen Schiebungen haben die Hofkammer M. Stäcker in Offenbach a. M. und das hinter ihr stehende Bank- haus um etwa 2 Millionen Mark dadurch geschädigt, daß Kies es verlangt, nicht nur die Provision in die Tasche zu stecken, sondern noch 6000 festmeter Rundholz ohne Bezah- lung von der Firma zu erhalten. In richtiger Weise hat in- genommen: der oben erwähnte Reuthner, die Kaufleute Otto

archäologischer Institut in Wien den Ruf als Roberts Nachfolger annimmt.

Das landwirtschaftliche Institut der Universität, das der berühmte im vorigen Jahre verstorbenen Geheim- rat Hoffmann leitete, hat noch immer seinen Direktor er- halten. Die Ernennung geht vom Kultusministerium aus. Der Minister, der dem Vizepräsidenten Roberts so schnell Folge leistete, läßt sich in der Befugnis dieses Postens heil.

Als Leiter des pharmakologischen Institutes nennt das Karlsburger-Berichts Prof. Dr. R. R. Auch die Pharmakologie hat in Halle schon im zweiten Semester keinen Vertreter.

Prof. Koellreutter nach Jena berufen.

Das durch das Ableben des Geh. Justizrats Job. Niedner erledigte Ordinariat für öffentliches Recht an der Universi- tät Jena ist Prof. Dr. jur. Otto Koellreutter in Halle angeboten worden. Der aus Freiburg (Waber) ge- bürige Staats- und Verwaltungsjurist, Schüler des berühmten Reichs- und Verwaltungsjuristen, Schiller des berühmten Verwaltungsrechtlers, im Jahre 1912 erwarb er seine Zulassung als Privatdozent in Freiburg, erhielt hier- für den Titel außerordentlicher Professor und seitdem 1919 als Prof. Professor nach Halle über, wo er 1919 zum Ordinarius ernannt wurde. Sein Spezial- arbeitsgebiet ist englisches öffentliches Recht und Rechts- verfassung.

Unerwartete Schwund des Geheimrats. Aus Ham- burg wird gemeldet: Das Geheimrat in Hamburg, das vor einem Kontorhause in der Wünderbergstraße aufgestellt gefunden hat, wurde in einer der letzten Nächte abermals mit roter Farbe überstrichen. Drei Personen wur- den als mutmaßliche Täter verhaftet. Das Denkmäl stand früher bekanntlich auf Rosau und wurde, nachdem das Wästelchen in den Besitz des deutschen Kaisers überging, nach Hamburg für 10 000 Mark verkauft. Der Reichsminister Dr. Edwin Heilmann hat seine Ent- lassung als Leiter der hunderttausendjährigen Sammlungen nachgelassen, um sich ausschließlich seinem Amt als Reichs- kanzler in Berlin zu widmen.

Das Hungern und das Fasten, Dazu die Kollennot, Der Berg von Steuerlasten, Der umzuknippen dort. —

Die Sorge und Bedrückung, Die uns allmählich quält — Da hat uns die Begleitung Von Eugen grad gefehlt.

Er schafft den Graun und Raßen Der Jugend Wiedergeb — Und man darf Steuern zahlen Noch adigis Jahre mehr!

Unbesetzte Lehrstühle an der Universität Halle.

Nachdem schon im begangenen Sommer-Semester das Ordinariat für Kunstgeschichte an der Universität Halle nicht besetzt war, findet auch das Vorlesungs-Vergleichnis für das kommende Winter-Semester unter der Rubrik „Kunst- geschichte“ nur zwei Vorlesungen des Wahlsprechers Dr. Wertheberg an. Ordinariat für Kunstgeschichte in Halle war früher Geheimrat Goldschmidt, der von Halle aus die Universität Berlin ging, und dann Geheimrat Waegold, der von hier aus in das Kultusministerium berufen worden ist. Die Gelehrten, die als Nachfolger Waegolds nach Halle berufen wurden, haben abgelehnt. Neuerdings hat man an Prof. Frankl in München einen Ruf gerichtet; auch er hat sich nicht zur Annahme entschließen können. Als Leiter des kunstgeschichtlichen Seminars gibt das Vorlesungs- Vergleichnis Prof. Dr. Z. an. Als Leiter des archäolo- gischen Seminars wird Prof. Dr. P. bezeichnet. Der bishe- rige Leiter Geheimrat Robert hat, nachdem vor mehr als einem Jahrzehnt das Kultusministerium den Professoren nahe gelegt hat, mit ihrem 70. Lebensjahre zurückzutreten, zu Beginn dieses Jahres das Ordinariat für Archäologie niedergelegt, trotzdem er noch durchaus tätig ist und aus- geübt. Die Besetzung hat, es verlautet, daß das Seminar im kommenden Semester nicht bemalt sein wird, daß viel- mehr Prof. K. R., der bisherige Leiter des deutschen

Lieber Eugen!

Dem großen Verdingungs-fürcher Professor Eugen Star- nach in Dankbarkeit gemeldet von

Gustav Hochheiter.

(Nachdruck verboten.)

Professor Eugen Stelmach, Du grundgelehrtes Haus, Ich reiß' mir fast ein Bein, ad, Vor lauter Freude aus!

Gell die, Professor Eugen, Du handelst es wie man Das Jugenkräft-Bezeugen Besamm verdingern kann.

Man geht und operiert sich. — Wie geht auf dem Schneidbist! Wird man halt adigis — vierzig Und lebt noch einmal frisch!

Und was mich, lieber Eugen, Hieran am meisten freut, Das will ich nicht verdingeln: Du kamst zur rechten Zeit!

Es ist ja augensichtlich Das Leben gar so schön, So billig und so glücklich Ein Friedensparadies.

Wir Menschen alle schwärzen In Sonne hier und Freud' — Es wäre ein Mal leben Das viel zu wenig heut!